



Milizen gegen grüne Männchen

Erst die Ukraine und dann wir – die Angst, das nächste Opfer einer russischen Aggression zu werden, verschafft in Polen Bürgerwehren und paramilitärischen Verbänden regen Zulauf. Schätzungsweise über eine halbe Million Vaterlandsschützer sollen bereits in mehr als 100 Verbänden und Gruppen für den Ernstfall trainieren, unter ihnen, wie hier in Kalisz, gut 250 Kilometer südwestlich von Warschau, auch viele Frauen. Feindbild der Milizen sind die sogenannten grünen Männchen, jene Soldaten ohne Hoheitszeichen, die vor ziemlich genau einem Jahr von russischer Seite auf die Krim eingedrungen waren. dbe

Südostasien Buhlen um Bangkok

Seit dem Militärputsch im Mai vergangenen Jahres wird Thailand von der EU und den USA diplomatisch ausgegrenzt. Der Westen verlangt die Aufhebung des Kriegsrechts und die Rückkehr zur Demokratie – was die Generäle in Bangkok allerdings wenig beeindruckt. „Man kann nicht ein Kleid schneiden und erwarten, dass die ganze Welt es trägt“, kommentierte Junta-Chef Prayut Chan-ocha kürzlich in Bangkok westliche Demokratievorstellungen. Jede Nation habe ihre eigenen Probleme, und die müsse sie selbst lösen. In dieser Haltung sehen sich die Generäle durch China und

Japan ermutigt. Die Regionalmächte buhlen heftig um die Gunst der Militärs in dem strategisch wichtigen Land. China will dort zwei Eisenbahnlinien bauen; sie sollen den Nordosten Thailands mit der Hauptstadt Bangkok und der Küste verbinden. Die Kosten des Projekts werden auf über zehn Milliarden Dollar geschätzt.

Der wachsende chinesische Einfluss im Land spornt auch Japan an, seinen wichtigsten Industriestützpunkt in Südostasien aufzuwerten: Im Februar empfing die Regierung in Tokio den thailändischen Junta-Chef zu dessen erster offiziellen Visite in einem führenden Industrieland. Auch die Japaner wollen sich in Thailand am Ausbau einer

Eisenbahn beteiligen, allerdings in Ost-West-Richtung. Die Rückkehr zur Demokratie muss derweil warten. Frühestens für Ende dieses Jahres haben die Militärs Wahlen in Aussicht gestellt. Mit der gestürzten Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra

will die Junta hingegen schnellen Prozess machen. Am vergangenen Donnerstag ließ das Oberste Gericht die Klage gegen Yingluck wegen Korruption zu. Bei einer Verurteilung drohen der ehemaligen Regierungschefin bis zu zehn Jahre Gefängnis. ww



Junta-Chef Prayut

FOTOS: AP / DPA (U.); PIOTR MALECKI / THE NEW YORK TIMES / LAIF (O.)